Rhedaer Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernruf 92 und 97. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Barros. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 27 | Freitag, den 28. Januar | Jahrgang 1927

Die draußen bleiben.

Die neue Koalition ist perfekt, wenn auch die Verteilung der Ministersitze auf die Koalitionsparteien noch nicht endgültig geregelt ist. Auf dem linken Flügel der Koalition steht das Zentrum. Insofern stellt sie etwa das Gegenteil der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft dar, die man als Weimarer Koalition zu bezeichnen pflegt. In ihr hatte das Zentrum den rechten Flügel inne. Im Wesen einer Mittelpartei liegt es natürlich an sich nicht, den Eckpfeiler zu bilden. Es liegt ihr mehr, die mittlere Säule zu stellen, die das Dach trägt, und um sich herum zur Unterstützung andere Säulen zu gruppieren. Das war möglich in der Großen Koalition, die, vom Zentrum immer erstrebt, es im Reiche nur einmal, ein paar Monate im Jahre 1923 gegen Ende des Ruhrkampfes, gegeben hat. Auch in den von Luther und Marx geführten Regierungen der Mitte gab das Zentrum den Kern ab, zur Rechten hatte es die Bayerische und die Deutsche Volkspartei, zur Linken die Demokraten und darüber hinaus als stille Partner die Sozialdemokraten. In diesen Konstellationen konnte es sich als ausgleichender, vermittelnder Faktor betätigen, konnte es erreichen, daß der politische Kurs auf mittlerer Linie verlief.

Darum würde es dem Zentrum auch jetzt entschieden sympathischer sein, wenn in der Koalition noch eine Partei zur Linken neben ihm marschierte. Aber die Demokraten, die dafür in Frage kämen, wollen nicht. Sie führen das in den Richtlinien aufgeführte schulpolitische Programm als Hauptgrund für ihr Verhalten an und behaupten, die grundsätzliche Gleichstellung der im Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten sei verfassungswidrig. In dem betreffenden Artikel heißt es, daß sich auf einer für alle gemeinsamen Grundschule das mittlere und höhere Schulwesen aufbaut, daß innerhalb der Gemeinden auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten sind, und daß der Wille der Erziehungsberechtigten möglichst zu berücksichtigen ist.

Das Schulideal der Demokraten ist die Simultanschule, die es in einigen deutschen Ländern gibt. Sie sind der Meinung, daß nach dem Artikel 146 alle Schulen in solche konfessionell gemischten Schulen mit natürlich auch nur gemischten Klassen umgewandelt werden müßten, und daß hiervon nur dann und nur dort Ausnahmen gemacht werden dürfen, wo es von den Erziehungsberechtigten gefordert wird. Das Zentrum legt diesen Artikel anders aus. Es geht von den gegebenen Verhältnissen aus, betrachtet eine Willenskundgebung der Eltern zugunsten der konfessionellen Schulen dadurch gegeben, daß diese ihre Kinder hineinschicken, und vertritt im übrigen den Standpunkt, daß dort, wo konfessionelle Schulen sind, die Erziehungsberechtigten, die Simultan- oder bekenntnisfreie (weltliche) Schulen für ihre Kinder haben wollen, ihre Einrichtung zu fordern haben, und daß dort, wo es Simultanschulen gibt, gleichfalls die Erziehungsberechtigten ihren Anspruch auf Einrichtung konfessioneller oder weltlicher Schulen geltend machen müssen, daß aber alle diese Schulen miteinander gleichberechtigt sind. Diese Auslegung des Artikels 146 hat das für sich, daß sie eine Generalumkrempelung der bestehenden Verhältnisse vermeidet, daß sie soweit wie möglich jedem sein Recht werden läßt, daß sie die Gewissensfreiheit wahrt. Die Deutsche Volkspartei, die mit den Demokraten die Ideen des Liberalismus gemeinsam hat, hat sich mit einer solchen schulpolitischen Regelung einverstanden erklärt, die allein den Schulfrieden zu wahren vermag. Den Demokraten genügt die Anerkennung der Gewissensfreiheit nicht, sie fordern die Bevorzugung der Gemeinschafts- oder Simultanschule, um auf diese Weise Grund zu haben, der Regierung fern zu bleiben, gegen deren sonstiges staatspolitisches Programm sie nichts Stichhaltiges vorzubringen vermögen. Sie bestätigen damit zugleich, daß es für das Zentrum unmöglich gewesen sein würde, in einer Koalition mit ihnen das im Artikel 146 geforderte Reichsschulgesetz zu machen. Zwar brennt uns dieses Gesetz nicht wie Not auf den Nägeln; da es aber einmal geschaffen werden muß, ist es außerordentlich wertvoll, daß dank der Initiative des Zentrums jetzt eine parlamentarische Mehrheit geschaffen ist, die nicht der konfessionellen Schule den Tod geschworen hat, sondern auf ihre Erhaltung im Sinne der Verfassung Gewicht legt.

Wie die Dinge liegen, würden also, hat man das Reichsschulgesetz im Auge, die Demokraten ein Ballast für die neue Koalition gewesen sein. Darum haben wir keinen Anlaß darüber eine Träne zu vergießen, daß sie der Einladung, sich an der Regierung zu beteiligen, nicht gefolgt sind. Zwar würden ihre 30 Stimmen für die Koalition, die jetzt nur mit einer Stimme die Mehrheit im Reichstage hat, wohl wertvoll gewesen sein, zumal die wohlwollende Neutralität der Wirtschaftlichen Vereinigung etwas sehr Problematisches ist. Aber auch so wird es gehen. In Preußen, wo das Kabinett Braun mit einer Opposition von gleicher Stärke rechnen muß, geht es ja auch. Wir bedauern das Abschwenken der Demokraten, aber wir glauben nicht fehl zu gehen in der Annahme, daß der tiefere Grund für ihr Verhalten nicht die kulturpolitischen und die paar anderen in der Kundgebung ihrer Fraktion geltend gemachten Beanstandungen kleinlicher Art sind, sondern die Furcht vor einer noch stärkeren Beschleunigung des offensichtlichen Verfalls der Partei.

Daß in den Verhandlungen mit den Deutschnationalen innen- und außenpolitisch außerordentlich viel erreicht worden ist, erkennt die genannte Kundgebung offen an. Und das, was erreicht worden ist, ist für uns das Entscheidende. Die Forderungen sind restlos durchgesetzt worden, die hier schon vor Wochen als Voraus gesetzt worden, die hier schon vor Wochen als Voraussetzungen gestellt worden sind. Sie erkennen die republikanische Staatsform an, sie sind für den unbedingten Schutz der Verfassung und ihrer Farben Schwarz-Rot-Gold, sie wenden sich von den auf Umsturz bedachten rechtsradikalen Verbänden ab, sie widerrufen ihre offiziellen Aeußerungen über Locarno und Genf, sie sind für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Völkerbund, sie machen sich die Erklärung des Reichskanzlers Marx über die Reichswehr, die er im Reichstag kurz vor dem Sturz des Kabinetts abgegeben hat, zu eigen, sie übernehmen das sozialpolitische Programm des Zentrums. Angesichts dieses Verhandlungsergebnisses schreibt der demokratische „Berliner Börsenkurier:"

Wenn wirklich die jetzt bekanntgewordenen Richtlinien das Programm der künftigen Regierung darstellen, dann könnte man auch vom demokratischen Standkunkt aus ihnen die Billigung nicht versagen. Die Bedingungen für die Fortführung der Außenpolitik sind kaum je vorher schärfer gefaßt und insbesondere ist die Sicherung der Republik und die von der Demokratie gewünschte Reichswehrreform bisher noch nie mit solcher Bestimmtheit in Aussicht gestellt worden. Noch vor nicht allzu langer Zeit wären auch die Deutsche Volkspartei und die Bayrische Volkspartei zu solchen Festlegungen nicht zu bestimmen gewesen. Wenn wirklich die Deutschnationalen solchen programmatischen Erklärungen vorbehaltlos zustimmen sollten, dann wäre das ein entscheidender Fortschritt auf außen- und innerpolitischem Gebiet, wie er noch vor kurzem kaum für möglich gehalten worden wäre. Es handelt sich dann nicht um eine Verschiebung der Regierungspolitik nach rechts, sondern um ein Bekenntnis der Deutschnationalen zu den Grundproblemen der Politik der Mitte, der sie bisher heftigsten Widerstand entgegengesetzt haben."

Das ist eine ehrliche Anerkennung von demokratischer Seite, eine Anerkennung, die man freilich im „Berliner Tageblatt" und in der „Vossischen Zeitung" ebensowenig findet wie in der „Frankfurter Zeitung". Aber diese Blätter sind so einseitig zur Sozialdemokratie hin orientiert, daß sie von ihr einfach nicht loskommen. Es ist jetzt ein paar Wochen her, da unterstrichen das „Berliner Tageblatt" sowohl wie die „Frankfurter Ztg." die Forderungen, die wir als Voraussetzung für ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen damals aufstellten. Daß diese sie restlos erfüllen und damit sich das Tor zur Regierung öffnen würden, haben wir, offen gestanden, ebensowenig geglaubt wie die genannten Blätter, die jetzt in ihrer Ueberraschung, die eigentlich Freude über die zur Politik der Mitte Bekehrten sein müßte, aber nichts als Aerger verrät, nur noch von einem „gefährlichen Experiment" und einem „Stück Papier in der Hand des Zentrums" sprechen, während der „Vorwärts", das sozialdemokratische Zentralorgan, die Richtlinien eine „peinliche Maskerade" nennt. Das ist alles deutliche Verlegenheitsstammelei, die das Erstaunen über das Erreichte zu verbergen sucht.

Im Zentrum denkt natürlich kein Mensch daran, sich nunmehr, beruhigt durch die Unterzeichnung der Richtlinien durch die Deutschnationalen, die Zipfelmütze über die Ohren zu ziehen und aller Sorgen bar in den Schlafrock zu schlüpfen. Nein, man wird sehr wachsam sein und mit Energie darauf halten, daß den Worten auch die Taten folgen. Und nur wenn sie folgen, wenn die Deutschnationalen loyal zu dem stehen, was sie unterzeichnet haben, nur dann wird diese Koalition mehr sein als eine Episode, nur dann hat die Entwicklung, die diese Regierungskrise genommen hat, den großen Wert, den man in jedem politischen Fortschritt erkennen muß.

Die Regierung, um deren Zusammensetzung, soweit die Personen in Frage kommen, noch gestritten wird, wird keine Regierung gegen die Sozialdemokratie sein. Dafür bürgt Marx, der Vater des Volksgemeinschaftsgedankens. Sie wird insbesondere keine Regierung mit arbeiterfeindlichem, mit unsozialem Charakter sein. Sind doch alle Reichstagsabgeordnete, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehören, in den Koalitionsparteien vereint. Noch nie haben diese in solcher Weise die Möglichkeit zu gemeinsamer Geltendmachung ihrer Wünsche gehabt. Man darf daher in den Kreisen der christlichen-nationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung die neue Koalition als eine den christlichen Gewerkschaftsinteressen dienliche parlamentarische Arbeitsgemeinschaft betrachten. Und wer aus unserm eigenen Lager den Rechtsparteien trotz der in ihnen vertretenen Gewerkschaftler nicht traut, wird doch aus Erfahrung wissen, daß das Zentrum seit je für den sozialen Fortschritt kämpft und niemals sozial-reaktionären Bestrebungen sich zugänglich zeigen wird. Der Versuch der Rechten, dem sozialen Fortschritt einen Riegel vorzuschieben, würde den Zerfall der Koalition unweigerlich zur Folge haben. Wer die Radikalisierung großer Teile der Arbeiterschaft sieht, muß wissen, was zu tun notwendig ist, wenn der Staat vor gefährlichen Gährungen bewahrt bleiben soll. Darum wird diese Regierung, wie sie auf außen-, innen- und wirtschaftspolitischem Gebiee nur den bisher beschrittenen Weg der Mitte weitergehen kann, auch nur einen sozialpolitischen Kurs haben können, der Fortschritt bedeutet. In den Richtlinien wird dieser Wille angekündigt. Die Zentrumsführung bürgt dafür, daß ihm die Tat folgen wird, unbekümmert darum, daß die sozialdemokratische Partei aus ihrer Oppositionsstellung heraus zweifellos auf sozialpolitischem Terrain ihren Agitationsgaul mit besonderer Lust, nicht beschwert durch Verantwortung, herumtummeln wird. Man wird zweifellos einen rasenden Wetteifer in Agitationsanträgen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten erleben. Aber die christlichen Arbeiter- und Angestelltenschaft wird dieses Spiel erkennen und sich nicht dadurch blenden lassen.

Msr.

*

Die gestrige Meldung, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages den Richtlinien einstimmig zugestimmt hat, ist nur insofern richtig, als der Abgeordnete Dr. Wirth sich der Abstimmung entzogen hat, indem er vorher das Fraktionssitzungszimmer verließ. In unserem gestrigen Leitartikel wurde irrtümlich angenommen, daß die Einstimmigkeit des Fraktionsbeschlusses auch die Stimme Dr. Wirths umschloß. Dieser hat übrigens am Donnerstag wieder an den Beratungen der Fraktion aktiv teilgenommen.

Streit um die Ministerposten.

Die Forderungen der Deutschnationalen.

Von unserer Berliner Redaktion.

() Berlin, 27. Januar. (Drahtb.)

Die durch eine unleugbare Indiskretion vorzeitig erfolgte Veröffentlichung der Richtlinien, auf deren Basis sich das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen geeinigt hatten, wirbelte selbstverständlich in parlamentarischen Kreisen reichlichen Staub auf. Und mit Recht. Denn wenn Verhandlungsführer die Abmachung getroffen haben, daß erst mit ihrer Zustimmung die Vereinbarungen der Oeffentlichkeit übergeben werden dürfen, so ist es ohne Frage ein starkes Stück, wenn gewisse Persönlichkeiten jedes politische Anstandsgesetz bedenkenlos beiseite schieben, sofern es nach ihrer Auffassung bestimmten dunklen Absichten dienlich erscheint. Die Deutschnationalen waren zwar verstimmt, aber letzten Endes überwog doch die Rücksicht auf die Notwendigkeit der Kabinettsbildung auf der bisher gefundenen Grundlage.

Nachdem am Mittwoch über die politischen Richtlinien weitestgehende Uebereinstimmung erzielt worden war, wurden heute vormittag noch die wirtschaftspolitischen Probleme zum Gegenstand der Erörterungen zwischen den in Frage kommenden Parteien gemacht. Die Hauptaufgabe aber galt heute der Verteilung der Ministerposten. Irgendwelche Vereinbarungen nach dieser Richtung hin konnten nicht getroffen werden, bevor Gewißheit darüber herrschte, ob sich die Demokraten an dem neuen Kabinett beteiligen würden oder nicht. Als die demokratische Reichstagsfraktion in einer kurzen Sitzung den einstimmigen Beschluß gefaßt hatte, der neuen Regierung fern zu bleiben, waren die anderen Parteien endlich in der Lage, sich über die Vergebung der einzelnen Ministerposten schlüssig zu werden.

Zunächst hatten die Deutschnationalen den recht weitgehenden Wunsch nach Zuteilung von fünf Ministersesseln. Sie kamen jedoch bald zu der Einsicht, daß sie damit ihre Forderungen überspannt hatten. Sie steckten daher einen Pflock zurück und verlangten schließlich ihrer Fraktionsstärke entsprechend nur noch vier Sitze. Die Deutsche Volkspartei erhob Anspruch auf drei Ministerposten. Da jedoch für die Deutschnationalen und für die Deutsche Volkspartei, die zusammen sieben Sitze wollten, insgesamt nur sechs Ministerposten in Frage kommen, so entstand zwischen diesen beiden Parteien ein regelrechter Streit um einen Sitz. Jede der beiden Parteien beanspruchte für sich die Besetzung des Verkehrsministeriums. Dabei gab weniger die mehr problematische Bedeutung dieses Ministeriums den Ausschlag, als vielmehr das Gewicht der Ministerstimme im Kabinett, wo ja die politischen Entscheidungen getroffen werden.

Bekanntlich gilt es, im Reich neben dem Reichskanzlerposten noch elf Ministerien zu besetzen. Von vorn herein war in Aussicht genommen, daß dem Zentrum der Kanzlerposten und das Reichsarbeitsministerium erhalten bleiben sollte. Der Verzicht der Demokratischen Partei auf die Teilnahme an der Regierung legte den Gedanken nahe, dem Zentrum noch das Reichsfinanzministerium einzuräumen. Als aussichtsreichster Kandidat hierfür galt heute der Staatspräsident und Finanzminister Dr. Köhler von Baden. Der Bayrischen Volkspartei sollte das Reichspostministerium mit dem Minister Stingl verbleiben. Für die Deutsche Volkspartei kamen nach wie vor Dr. Stresemann für das Außenministerium und Dr. Curtius für das Reichswirtschaftsministerium in Frage. Den Deutschnationalen sollte das Reichsjustiz-, das Reichsernährungs- und das Reichsinnenministerium zugewiesen werden. Als Kandidat für das Reichsjustizministerium wurden die Abgeordneten Dr. v. Dryander und Gräf-Thüringen, für das Reichsernährungsministerium der Abgeordnete Staufenberg und für das Innenministerium der Abgeordnete Lindeiner-Wildau genannt. Wie bereits erwähnt, bildete die Besetzung des Verkehrsministeriums den größten Zankapfel zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Die Letztere drängte auf Beibehaltung des bisherigen Ministers Dr. Krone, während die Deutschnationalen den Abgeordneten Dr. h. c. Wilhelm Koch, einen bekannten Führer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, mit diesem Posten betraut wissen wollten. In der Besetzung des Reichswehrministeriums, das bekanntlich bisher von Dr. Geßler verwaltet wurde, sollte keine Aenderung eintreten. Jedoch konnte man sich bei dem Ministerium für die besetzten Gebiete lange Zeit hindurch nicht einigen. Einerseits sollte die Verwaltung dieses Ministeriums mit einem anderen Ressort verbunden werden, andererseits wollte man ihm eine völlige Selbständigkeit verleihen. Dabei entstanden jedoch winderum Schwierigkeiten wegen des Etats, der für dieses Ministerium nur einen Minister oder einen Staatssekretär vorsieht. Die Deutsche Volkspartei legte natürlich Wert darauf, den Posten des Staatssekretärs, der bekanntlich mit einem ihrer Parteiangehörigen besetzt ist, nicht zu opfern.

*

Heute wird weiter gestritten.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 27. Januar.

In der achten Abendstunde war noch keine Einigkeit zwischen den Parteien hinsichtlich der Verteilung der Ministersessel zu verzeichnen. Die einzelnen Fraktionen traten daher zu erneuten Beratungen zusammen. Wie wir erfahren, soll es in der deutschnationalen Fraktion drunter und drüber gegangen sein. In der Zentrumsfraktion herrschte Einigkeit darüber, daß man an der Besetzung des Finanzministeriums durch einen Zentrumsmann festhalten müsse.

Gegen 9¼ Uhr gingen die interfraktionellen Verhandlungen unter dem Vorsitz von Reichskanzler Dr. Marx weiter. Aber auch bei dieser Gelegenheit konnte keine einmütige Auffassung über die Verteilung der Ministersessel erzielt werden. Die Deutschnationalen beanspruchen ebenfalls für sich das Reichsfinanzministerium, auf das das Zentrum so großen Wert legt; sie würden dafür gerne das Reichsjustizministerium opfern. Ebenso will die Deutsche Volkspartei unter keinen Umständen auf das Reichsverkehrsministerium verzichten, sondern behauptet, daß die Volkspartei auf drei Ministersitze Anspruch hätte. Rein zahlenmäßig stimmt diese Auffassung jedoch nicht. Wie wir weiter erfahren, wollen die Deutschnationalen für das Ernährungsministerium den Abgeordneten Schiele präsentieren. Angesichts der Schwierigkeiten, zu einer Einigung zu gelangen, wurde man sich darüber einig, die Verhandlungen am Freitag vormittag fortzuführen. Die Deutschnationalen werden um 12 Uhr ihre Fraktionssitzung abhalten, die Sitzung der Zentrumsfraktion ist vorläufig auf Freitag mittag 1 Uhr festgesetzt.

Viel beachtet wurde noch eine Erklärung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, daß die in der gegnerischen wie eigenen Presse verbreiteten Nachrichten über den Inhalt und die Entstehung dr Richtlinien nicht authentisch sind.

*

Die Sitzung des Reichsparteiausschusses.

Berlin, 27. Jan. (Eig. Drahtb.)

Die Sitzung des Reichsparteiausschusses des Zentrums, die ursprünglich für den 6. Februar vorgesehen war, ist auf Sonntag, den 13. Februar verlegt worden. Diese Vertagung erwies sich als notwendig, weil für den 6. Februar bereits verschiedene größere Veranstaltungen im Lande vorgesehen sind.

*

Die Demokraten in der Opposition.

:?: Berlin, 27. Januar.

Die demokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung:

Die demokratische Fraktion bedauert, daß die Verhandlungen über eine Koalition der Mitte vom Reichskanzler Dr. Marx vorzeitig abgebrochen sind. Eine tragfähige Koalition der Mitte (?) hätte sich auf Grund des Zentrumsmanifestes bilden lassen. Sie ist ebenso wie die Große Koalition daran gescheitert, daß starke Kräfte unter Ablehnung aller anderen Möglichkeiten von vornherein auf die Rechtsregierung hingearbeitet haben.

Die Richtlinien, die mit den Deutschnationalen vereinbart sind, bedeuten eine völlige Preisgabe

der bisherigen deutschnationalen Opposition gegen die Außenpolitik von Rathenau bis Stresemann. Innenpolitisch bedeuten sie, wenn sie auch hinter dem Zentrumsmanifest zurückbleiben, eine Anerkennung der Republik und den Schutz ihrer Symbole, während bisher der Staatsform und den Farben schwarz-rot-gold der erbitterte Kampf der Deutschnationalen galt. Auf dem Gebiet einer Reform der Reichswehr werden weitgehende Versprechungen in unserem Sinne gemacht.

Dagegen weisen die ohne unsere Mitwirkung festgestellten Richtlinien auf dem Gebiete der Schule eine unerträgliche Einseitigkeit auf. Die Forderung vollständiger Gleichberechtigung der konfessionellen und der weltlichen Schule mit der Gemeinschaftsschule steht im Widerspruch mit der Reichsverfassung und den Erklärungen, die sämtliche Parteien der Weimarer Koalition zu dem Artikel 146 abgegeben haben.

Weiter zieht die Fraktion einen besonders empfindlichen Mangel in dem Fehlen wirtschaftspolitischer Richtlinien.

Aber überhaupt betrachtet die demokratische Fraktion den Wert solcher Richtlinien als problematisch, wenn die Zusammensetzung der Regierung nicht die Gewähr für eine gute Durchführung gibt. Diese Gewähr ist nicht in einem Kabinett zu erblicken, in dem Männer eine führende Rolle haben, deren heutige Worte mit ihren Taten und Worten von gestern in unlösbarem Widerspruch stehen.

Die Fraktion glaubt deshalb in der Opposition mit besserem Erfolge für die Erfüllung der in den Richtlinien gegebenen Versprechungen für die Wahrung der deutschen Geistesfreiheit und für die Sicherung einer gesunden Wirtschafts- und Finanzpolitik und einer gerechten Steuerpolitik wirken zu können.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, ihre Erklärung den bisherigen Ministern Dr. Geßler, Dr. Külz und Dr. Reinhold mitzuteilen und der Bitte Ausdruck zu geben, sich an der neuen Regierung nicht zu beteiligen.

Das „Berliner Tageblatt" bringt in seiner Nummer 45 einen Bericht über die Unterredung des Herrn Reichskanzlers mit den Vertretern der demokratischen Fraktion, der in wesentlichen Teilen den Tatsachen nicht entspricht. So ist es insbesondere unrichtig, daß der Reichskanzler erklärt haben soll, „an eine Abänderung der zwischen Zentrum, Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei festgelegten Richtlinien sei nicht zu denken". Das Gegenteil ist richtig. Der Reichskanzler hat den Vertretern der demokratischen Fraktion ausdrücklich erklärt, daß, falls Aenderungen der Richtlinien gewünscht würden, einer Besprechung darüber mit den anderen Fraktionen nichts im Wege stehe.

★

Die Richtlinien.

Nachdem die von dem Reichskanzler Dr. Marx ausgearbeiteten Richtlinien, die die Grundlage für die Regierung von den Deutschnationalen bis zum Zentrum darstellen, nach der auf eine Indiskretion zurückzuführenden Veröffentlichung in der „Vossischen Zeitung" auch von zahlreichen anderen Blättern mitgeteilt worden sind, besteht für uns kein Grund zur Zurückhaltung mehr. Die Richtlinien, neben denen noch protokollarische Zusätze und Interpellationen vorhanden sind, haben folgenden Wortlaut:

I. Außenpolitik.

Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenseitiger friedlicher Verständigung. Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerks von Locarno. Loyale gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerbund.

II. Verfassung.

Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform. Unbedingter Schutz dieser Verfassung in ihrer Gesamtheit sowie der verfassungsmäßigen Reichsfarben (Artikel 3 der Reichsverfassung) gegen alle herabsetzenden Verunglimpfungen und rechtswidrige Angriffe. Vorgehen gegen alle Vereinigungen und alle Bestrebungen, die den Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken. Verbot an alle Beamte, sich an solchen Vereinigungen oder Bestrebungen zu beteiligen. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Beamten werden hierdurch nicht berührt.

III. Reichswehr.

Bezüglich der Reichswehr wird der entsprechende Teil der Rede des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1926 als maßgebend anerkannt.

1. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 ist strengstens durchzuführen.

Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit und das Zusamenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen die sogenannten Wehrverbände aller Richtungen und Formen in erster Linien gehören, verboten. Diese Bestimmungen sollen strengstens durchgeführt werden.

3. Es wird eine Rekrutierungsverordnung erlassen, die Vorkehrungen trifft, daß keine verfassungsfeindlichen Personen im Sinne von Ziffer II in die Reichswehr aufgenommen werden.

IV. Kulturfragen.

Erlaß eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechts. Grundsätzliche Gleichstellung der im Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten, Sicherung des Religionsunterrichts (Art. 149).

V. Sozialpolitik.

Tatkräftige Förderung der Sozialreform. Ausbau und Vollendung des Arbeitsrechts. Der nächste Schritt auf diesem Gebiete soll die Schaffung einer umfassenden Arbeitsschutzgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit sein. Darin ist — ausgehend von den deutschen Verhältnissen — die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen zu regeln. Auf Grund einer solchen Regelung ist die Deutsche Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gleichzeitig mit den anderen westeuropäischen Industrieländern bereit. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen durch Uebergangs- und Notmaßnahmen Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitszeit beseitigt werden. Die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft ist im Sinne der im Reichswirtschaftsrat zustandegekommenen Einigung weiterauszubauen.

Dringlich ist die Verabschiedung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Damit im Zusammenhang stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsnachweises.

Aufbau und Verfahren der Sozialversicherung sollen nach Möglichkeit vereinfacht werden. Die verschiedenen Versicherungszweige bedürfen einer organischen Verbindung und Ausgestaltung. Die Lage der Invaliden muß verbessert werden. Für die Seeleute ist eine Krankenversicherung zu schaffen.

Entschlossene Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und Fürsorge für die Erwerbslosen mit allen zweckdienlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Mitteln. Die soziale Reform ist auch international, insbesondere im Zusammenwirken mit dem Internationalen Arbeitsamt zu fördern.

★

Die Verhandlungen über die Wirtschaftspolitik.

)(Berlin, 27. Jan. Um die Mittagsstunde fand im Reichstag eine Besprechung zwischen den deutschnationalen Abgeordneten Lejeune-Jung, Lambach, Leopold, von Goldacker und Dr. Rademacher und dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und den Abgeordneten Dr. Stegerwald und Dr. Brüning vom Zentrum über die Probleme der Wirtschaft statt. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger zuverlässig erfährt, wurde dabei allgemeine Uebereinstimmung erzielt.

★

Regierungserklärung am 3. Februar

Berlin, 27. Jan. Der Aeltestenrat des Reichstages hat in seiner heutigen Sitzung endgültig beschlossen, daß die Regierungserklärung des neuen Reichskabinetts am Donnerstag, den 3. Febr. im Reichstag entgegengenommen werden soll. Die daran sich anschließende Aussprache und die Abstimmungen sollen bis Sonnabend abgeschlossen werden. Am Montag darauf wird die erste Beratung des Reichshaushaltsplans für 1927 in Verbindung mit dem Finanzausgleichsgesetz beginnen. Von heute ab bis zum 3. Februar soll die angekündigte Beratungspause, die mit Rücksicht auf die thüringischen Wahlen eingelegt wird, dauern.

Die gefälschten Reichswehrministerium-Dokumente.

+ Berlin, 27. Jan. Zu der Veröffentlichung des Jungdeutschen Ordens über die Aufdeckung gefälschter Geheimprotokolle über Sitzungen im Reichswehrministerium mit den in diesem Zusammenhang genannten Wehrverbänden erfährt eine hiesige Korrespondenz von maßgebender Seite, daß diese gefälschten Protokolle bereits seit über Jahresfrist bekannt sind. Im übrigen könne bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß dies nicht die einzige Fälschung von Protokollen oder angeblicher Befehle sei, mit der in der letzten Zeit gegen die Reichswehr gearbeitet worden sei. An den zuständigen Stellen seien mehrere derartige Fälle bekannt, wegen deren ebenfalls noch die Ermittelungen schweben.

Die „Voss. Ztg." erfährt, daß die Polizei einen der in einem der Protokolle genannten Rechtsradikalen unter dem Verdacht der Urkundenfälschung verhaftet habe. Der Verhaftete soll die Protokolle von dritter Seite erhalten haben. Die verhaftete Persönlichkeit soll ein angeblicher Dr. Schreck sein, der in dem vom Jungdo veröffentlichten Protokoll als Vertreter des Bundes Oberland und des Frontbannes genannt wurde. Der Betreffende, der bereits vor geraumer Zeit verhaftet wurde, habe zweifellos Hintermänner gehabt, deren man bisher jedoch noch nicht habhaft geworden sei. Schreck gibt an, er sei Oberleutnant gewesen und habe früher in der Abteilung 3b des Großen Generalstabes im Spionagedienst gearbeitet. Diese Behauptung entspricht jedoch, wie eine Korrespondenz meldet, kaum den Tatsachen, da Offiziere während des Krieges im Spionagedienst als Agenten überhaupt nicht verwendet sein sollen. In der Abteilung 3b selbst habe ein Oberleutnant Dr. Schreck nicht gearbeitet. Es bestehe der Verdacht, daß der Fälscher seinen jetzigen Namen angenommen hat, und daß er früher unter einem anderen Namen als Agent der Nachrichtenabteilung des Großen Generalstabes tätig gewesen ist. Im übrigen seien, so fügt die Korrespondenz hinzu, noch eine ganze Reihe weiterer Fälschungen in Umlauf, von denen auch das Ausland Kenntnis erhalten hat. So sei z. B. zur Zeit der Verhandlungen zwischen Stresemann und Briand dem letzteren ein Exemplar der angeblichen 10 Gebote des Jungdo in die Hände gespielt worden, das ebenfalls gefälscht war. Das Verfahren gegen Schreck werde wegen Verdachtes des Landesverrates und der Urkundenfälschung geführt.

Preußischer Staatsrat.

Berlin, 27. Jan. Der Preußische Staatsrat beriet den Entwurf über die Errichtung eines Oberlandesgerichts in Beuthen, der im Jahre 1925 von ihm angelehnt worden war. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich auf den Standpunkt gestellt Einwendungen nicht zu erheben.

Ein Vertreter des Justizministeriums hob hervor, vom Standpunkt der Rechtspflege liege eine Notwendigkeit nicht vor, obgleich die vorgebrachten Gründe gegen die Errichtung nicht durchschlagend seien.

Der Antrag des Ausschusses, keine Einwendungen zu erheben, wurde gegen die Rechte angenommen.

Gegen die Ausführungsbestimmungen zur Novelle über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten sowie gegen den Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Mitteln zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen wurden Einwendungen nicht erhoben.

Der Reichsrat.

• Berlin, 27. Jan. Der Reichsrat hielt am nachmittag eine kurze Sitzung ab, die zum großen Teile der Erledigung rein geschäftlicher Angelegenheiten gewidmet war. Einverstanden erklärte sich der Reichsrat mit den Beschlüssen des Reichstages zu dem Gesetzentwurf betreffend die Gerichtskosten und Gebühren der Rechtsanwälte, sowie mit dem Gesetzentwurf betreffend Zuckerung der Weine des Jahrganges 1926. Auch der Gesetzentwurf betreffend Abänderung der Gewerbeordnung dahin, daß für das Wach- und Schließgewerbe die Erlaubnis-Kenntnisnahme ohne Einspruch erledigt.

Die Denkschrift über die Arbeitsbeschaffung.

⊙ Berlin, 26. Januar.

Die Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung teilt mit, daß auf Grund der von den Ländern aufgestellten besonderen Programme wirtschaftlich wertvoller Notstandsarbeiten solche Notstandsarbeiten mit insgesamt 29,42 Millionen Tagewerken grundsätzlich genehmigt worden sind. Die Förderungsbeträge dieser Arbeiten belaufen sich auf rund 240 Millionen. Davon entfallen auf Preußen 18 735 912 Tagewerke mit einer Förderung von 131 658 282 Mark. Hiervon wurden verwendet für Straßenbauten 34 803 075 Mark, für Meliorationen 10 799 350 Mark, für Hochwasserschutz und Gewinnung von Wasserkräften 7 259 984 Mark, für Kanalisationsarbeiten 6 898 331 Mark und für kleinere Notstandsarbeiten 71 897 542 Mark.

Die Denkschrift bringt ferner eine Uebersicht der Notstandsarbeiten, deren verstärkter Förderung die Reichsarbeitsverwaltung im Laufe des Jahres 1926 zugestimmt hat. So wurden die Flußregulierungsarbeiten der Emschergenossenschaft mit 1 851 000 Mark gefördert. Die Stadt Lüdinghausen erhielt für die Stever-Regulierung 347 500 Mark. Für die Regulierung im Niederschlagsgebiet der Geseke wurden 720 000 Mark bewilligt, für den Ausbau der Verbandsstraßen im Ruhrkohlenbezirk durch den Ruhrsiedlungsverband Essen 6 Millionen Mark, für den Bau eines Straßenbahngleises zum Bahnhof Altena und Anlage eines Güterübernahmebahnhofes 784 000 Mark, für die Hafenerweiterung in Wanne 840 000 Mark, für den Kemnader Brückenbau im Amt Brankenstein 590 000 Mark, für den Bau einer Durchgangsstraße von Heide nach Sprockhövel 504 390 Mark, für den Bau einer Durchgangsverkehrsstraße Radevormwald-Barmen 560 000 Mark, für den Straßenbau im Sorpetal (Kreis Arnsberg) 1 220 000 Mark, für den Bau einer Ruhrkläranlage bei Hengstey 1 037 910 Mark, für den Ausbau des Flughafens Ruhrgebiet 1 016 000 Mark.

Ein Attentatsplan auf Tschitscherin.

Zu dem vor einigen Tagen gemeldeten Gerücht über Attentatspläne gegen Tschitscherin weiß die „Vossische Zeitung" folgendes zu melden:

Der russische Volkskommissar, der sich seit einigen Tagen in Frankfurt-Main in ärztlicher Behandlung befindet, erhielt vor einigen Tagen Berichte, daß ein Attentat gegen ihn beabsichtigt sei. Als angebliche Attentäter wurden ihm zwei russische Offiziere namens Mianfarow und von Tamburieff genannt. Tamburieff sollte seinen Aufenthalt in Baden-Baden genommen haben. Die Frankfurter Kriminalpolizei gewährte dem russischen Minister sofort ausreichenden Schutz. Der Berliner Polizei ist es am Dienstag gelungen, Mianfarow in Berlin festzunehmen, wo er sich seit längerer Zeit umangemeldet aufgehalten und in Spieler- und Hochstaplerkreisen eine Rolle gespielt hat. Er ist bereits seit längerer Zeit aus dem preußischen Staatsgebiet ausgewiesen worden. Bei seiner Vernehmung bestritt er jede Attentatsabsicht.

Deutsches Reich.

Wiederaufnahme der deutsch-tschechoslowakischen Grenzabkommen-Verhandlungen.

+ Berlin, 27. Jan. Heute sind im Auswärtigen Amt in Berlin zwischen deutschen und tschechoslowakischen Regierungsvertretern die Verhandlungen wieder aufgenommen worden, die im vergangenen Jahre in Prag über den Abschluß eines Abkommens zur Regelung der Grenzverhältnisse an der neuen Grenze zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei am Hultschiner Ländchen eingeleitet worden sind.

Ablehnung eines Mißtrauensantrages gegen die Regierung von Schwerin.

+ Schwerin, 27. Jan. Der Landtag verhandelte heute über einen deutschvölkischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung. Der Mißtrauensantrag wurde mit 23 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten gegen 21 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschvölkischen und der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Der Stimme enthielten sich die beiden anwesenden Wirtschaftler und die beiden anwesenden Kommunisten. Es fehlten ein Kommunist und ein Wirtschaftler.

Kleine Auslandsnachrichten.

Politische Verhaftungen in Budapest.

Budapest, 27. Jan. Die Budapester Polizei hat in den Parteilokalen der extremistischen Bagipartei Durchsuchungen vorgenommen. Es wurde eine große Menge von Flugzetteln beschlagnahmt, in denen die Mitglieder der Partei aufgefordert werden, am Tage der Eröffnung des Reichstages vor das Gebäude des Parlaments zu ziehen, um dort Demonstrationen zu veranstalten. 4 führende Mitglieder der Partei, die beim Verteilen der Flugzettel ertappt worden sind, wurden in Gewahrsam genommen.

Meuterei in einer französischen Strafkolonie.

◆ Paris, 26. Jan. Nach einer Havasmeldung wurden bei einer Meuterei eingeborener Strafgefangener in einer Strafkolonie in Indochina zwei europäische Aufseher getötet. Mehreren Gefangenen gelang es, zu flüchten.

• Paris, 27. Jan. Die Agentur Inde Pacifique gibt über den Ausbruch von Strafgefangenen aus der Strafkolonie Lai-Chau in Indochina, der am 24. Januar erfolgte, weitere Einzelheiten bekannt, aus denen sich ergibt, daß 80 Gefangenen der Ausbruch gelungen ist. Die Flüchtlinge, die von Truppen verfolgt würden, suchten die chinesische Grenze zu erreichen. Sie seien mit einigen Karabinern ausgerüstet.

Der falsche Herr Regierungsrat.

Frankfurt a. M., 26. Januar.

In gemeinsamer Arbeit haben dieser Tage Frankfurter und Wiesbadener Kriminalbeamte den angeblichen Schriftsteller Conz aus Quierschied bei Saarbrücken in einer Wiesbadener Wirtschaft aufgegriffen und festgenommen. Der Schwindler hat zahllose behördliche Stellen und viele hochgestellte Persönlichkeiten unter dem Vorwande, er sammle Gelder für ein Standardwerk über „Das deutsche Siedlungswesen" um sehr bedeutende Summen geprellt.

Der Mann ließ sich vor mehreren Wochen Besuchskarten drucken, auf denen er sich als Regierungsrat a. D. Dr. jur. Conz bezeichnete. Mit diesem Kärtchen öffnete sich dem Schwindler jede Tür bis in die höchsten Amtsstellen. Dem „Herrn Regierungsrat" erwies jedermann Respekt. Mit gewandten Worten und unter Vorlegung der Empfehlungsschreiben wußte Conz vor allem die Vorstände von Bau- und Siedlungsgesellschaften von der Notwendigkeit des Werkes zu überzeugen und erhielt fast überall, wo er anklopfte, beträchtliche Gelder für die Drucklegung des Buches. An keiner Stelle scheint auch nur der Verdacht aufgekommen zu sein, daß man es mit einem Schwindler zu tun haben könne. Man stellte vielmehr dem Manne Autos für seine Fahrten zur Verfügung, traf sich mit ihm abends zu einem fröhlichen Umtrunk und spielte bisweilen einen solennen Skat mit dem Herrn Regierungsrat. So graste Conz Frankfurt und die Nachbarstädte bis nach Kassel hinauf gründlich ab. An einer Amtsstelle, wo er um Unterstützung vorsprach, erhielt er sofort eine Anweisung über 2500 Rmk. In kurzer Zeit hatte der Schwindler etwa 16 000 Mark für das Werk „gesammelt". Das Geld verprasste er in weiblicher Gesellschaft.

Nunmehr ereilte Conz aber doch das Geschick in einer Wiesbadener Wirtschaft. Er wurde jetzt nach Frankfurt ins Gerichtsgefängnis verbracht und kommt zunächst hier zur Aburteilung. Später wird er nach Wiesbaden, Darmstadt, Mainz, Kassel, Koblenz usw. übergeführt.

12 Millionen beschlagnahmt.

× Berlin, 27. Jan. In der großen Spritschieberaffäre der Brüder Schwartz und der ihrem Konzern angehörigen anderen Kölner Firmen geht die Untersuchung ununterbrochen weiter. Eine Reihe von Angestellten dieser Firmen wurde in der letzten Zeit in Haft genommen. Auf Grund ihrer Bekundungen ist es den Behörden jetzt gelungen, Vermögensteile der Brüder Schwartz, die sich noch in Deutschland befunden haben und nicht rechtzeitig verschoben werden konnten, in Höhe von 12 Millionen Mark zu beschlagnahmen. Es wurde ferner ermittelt, daß sich Peter und Joseph Schwartz in Rotterdam befinden, während ihr ehemaliger Generaldirektor Burkhardt, der an den Schiebungen den größten Anteil hat, gleichfalls in Brüssel wohnt. Die deutschen Behörden werden sich nun an die belgischen und holländischen Gerichte wenden und die Festnahme und Auslieferung der Spritschieber verlangen. Im Zusammenhange mit dieser Untersuchung tauchte der Verdacht auf, daß an den Manipulationen auch noch weitere rheinische Firmen beteiligt sein könnten.

Vermischte Nachrichten.

Die Aktenbeseitigungen in Werder.

◇ Berlin, 27. Jan. Zu den Aktenbeseitigungen in Werder berichtet der „Vorwärts", daß ein großer Teil der Akten jetzt bei Bauern und Obstzüchtern wiedergefunden ist, denen die Aufwertungsakten von bisher noch nicht ermittelten Personen des Amtsgerichtes Werder ausgehändigt worden sind.

Aus Eifersucht die Nase abgeschnitten.

:: Stettin, 26. Jan. Der 41jährige Händler Richter schnitt seiner Geliebten, der Händlerin Zöllner, aus Eifersucht die Nase ab, damit sie nicht mehr in Lokalen kokettieren könne. Richter stellte sich der Polizei.

Beim Spielen erdrosselt.

+ Leipzig, 27. Jan. Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich Mittwoch vormittag in Leipzig-Lindenau. Die beiden Kinder eines Arbeiters, Knaben im Alter von ein bis zweieinhalb Jahren, spielten in Abwesenheit der Eltern mit einem Bindfaden, den sie an ein Bettgeknüpft hatten. Es bildete sich eine Schlinge, in die der ältere Knabe den Kopf steckte. Als die Mutter zurückkehrte, fand sie ihr Kind tot auf.

Verhängnisvoller Selbstmord.

+ Forst (Amt Bruchsal), 27. Jan. Heute nacht hat der in der Maschinenfabrik Bruchsal beschäftigte Karl Stolzenberger, anscheinend im Zustande geistiger Umnachtung, im Bette liegend einen Schuß auf sich abgefeuert. Die Kugel ging ihm durch den Kopf und traf seine neben ihm schlafende Frau in den Hinterkopf. Stolzenberger ist seinen Verletzungen erlegen, der Zustand seiner Frau ist nicht lebensgefährlich.

Erneute Zusammenstöße im Wiener Gemeinderat.

⊙ Wien, 27. Jan. Im Gemeinderat kam es heute wieder zu heftigen Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen, die sich durch eine Aeußerung des Referenten Stadtrat Richter beleidigt fühlten. Pultdeckelkonzert und Pfeifen begleitete die Tumulte, in deren Verlauf es wiederholt zu Tätlichkeiten zu kommen drohte. Es gelang schließlich dem Bürgermeister, die Ruhe wiederherzustellen.

Um die Ostfestungen.

Bedenkliche Forderungen der Gegenseite.

Berlin, 27. Jan. Der Pariser Botschafterrat hat der Reichsregierung jetzt seine Gegenvorschläge über das Schicksal der Ostfestungen zugehen lassen. Diese Vorschläge unterliegen zurzeit der Prüfung der hiesigen zuständigen Stellen. Wie verlautet, enthalten diese neuen Vorschläge Forderungen, die schon bei ihrem Eintreffen schwere Bedenken erweckt haben. Trotzdem hofft man, bis zu dem festgesetzten Termin doch noch zu einer Verständigung kommen zu können.

★

Die allgemeinen Linien festgesetzt.

× Paris, 27. Jan. Die Verhandlungen zwischen dem Geheimrat Pawels und Geheimrat Forster und dem Interalliierten militärischen Komitee über die deutschen Ostbefestigungen sind heute fortgesetzt worden. Sie werden morgen oder übermorgen weiter geführt werden. Die Agentur Havas glaubt, daß schon jetzt die allgemeinen Linien eines Abkommens festgelegt wurden, daß jedoch über einige Einzelheiten noch diskutiert wird.

★

Botschafterkonferenz am Sonntag.

Paris, 27. Jan. Die deutschen Delegierten verhandelten heute nachmittag wiederum kontradiktorisch mit dem Interalliierten Militärkomitee von Versailles zwecks Regelung der Frage der Ostfestungen. Der „Intransigeant" glaubt berichten zu können, daß die Botschafterkonferenz am Sonnabend zusammentreten und sich mit der Angelegenheit beschäftigen wird.

Vor dem Ende der Kontrollkommission

Berlin, 27. Januar. (Drahtb.)

Unter der Spitzmarke „Die letzte Woche der Kontrollkommission" bringt das bekannte Mailänder Mussolinische Organ „Popolo d'Italia" einen aus Rom stammenden Artikel, in welchem mit scharfer Ironie auf die Kommission eine Art Grabrede gehalten wird. Der Inhalt des bemerkenswerten Aufsatzes ist kurz folgender:

Es verschwindet wieder einmal eine jener üppig in Gold bezahlten Kommissionen, deren Werk naturnotwendig in ständig sich erneuernden politischen Schwierigkeiten bestehen mußte. Die italienische Oeffentlichkeit hat sich über die letzten Restpunkte nicht mehr aufregen können, weil es sich um hegemoniale Absichten dabei handelt, die Italien nichts mehr angehen, und weil anstelle der früheren Solidarität überall Egoisten aufgetreten sind, wobei auch die Italiener einiges Recht zu verteidigen und wieder zu gewinnen hatten. Ueber die Frage der Ostfestungen hat es zweifellos manche elegante Auseinandersetzung gegeben; über das Kriegsmaterial hat man gesagt, daß sogar Operngläser betroffen werden könnten, und die Deutschen haben gefragt, wo die militärischen Besorgnisse aufhören und die industrielle Konkurrenz anfängt. Das hat aber wenig Bedeutung. Auf alle Fälle wird am 1. Februar der Reichswehrminister frei von der Kontrolle aufwachen. Genf behält zwar ein formales Recht zu Nachforschungen, aber es gibt keine Dauerkontrolle mehr und daher hat das Datum des 31. Januar seine Bedeutung in der Nachkriegsgeschichte. Während nun die Kontrollkommission in den letzten Zügen liegt, geht der Geist von Thoiry, der zur früheren Räumung des besetzten Gebietes führen sollte, d. h. zur wirklichen und herzlichen Befreundung zwischen Deutschland und Frankreich, unter der unversöhnlichen Offensive Poincarés und des französischen Militärs zurück.

Man braucht diesen ebenso geharnischten wie treffenden Ausführungen des genannten italienischen Blattes kaum noch etwas aus deutscher Feder hinzuzufügen.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 28. Januar 1927.

a. **Stadtbücherei.** Vom 31. ds. Mts. ab wird die Bücherausgabe an den Dienstag Nachmittagen auf die Montag Nachmittage verlegt. Die Ausgabe findet demnach künftig Montags und Mittwochs von 5 bis 7.30 Uhr nachmittags statt.

p. **Städtische Nahrungsmittelpolizei und Milchhandel.** Die städtische Nahrungsmittelpolizei hat im letzten Jahre ihr Augenmerk besonders auf den Milchhandel gerichtet. 128 Milchproben ließ sie bei dem Nahrungsmittelamt in Münster untersuchen. Die fortgesetzten Bestrafungen wegen Milchfälschung werden der Polizeiverwaltung zu noch strengerem Vorgehen Veranlassung geben, was im Interesse der Milchverbraucher freudig zu begrüßen ist.

m. **Arbeiterverein St. Paulus.** Am Sonntag, den 30. Januar, versammelt der Verein die Frauen seiner Mitglieder zu einem gemütlichen Kaffeekränzchen, das mittags 3 Uhr stattfindet. Die Musikkapelle des Vereins wird dazu mit einigen Vorträge aufspielen. Reigen, Gedichte und Lieder sorgen für schöne Abwechselung. Schwester Antonia vom hiesigen Fürsorgeamt wird einen Vortrag über „Gesundheits- und Wohnungspflege" halten. Die Frauen werden gebeten, als Ausweis die Mitgliedskarte ihres Mannes vorzuzeigen. Kaffeetassen sind mitzubringen. Ende der Veranstaltung spätestens 6.30 Uhr.

n. **Verein für jugendliche Arbeiter.** Die Theaterabteilung, die im Herbst v. J. das Schauspiel „Des Eschenhofers Schuld und Sühne" mit großem Erfolg aufführte, wird am kommenden Sonntag mit einem Lustspielabend an die Oeffentlichkeit treten. Zur Aufführung gelangt zunächst das dreiaktige Lustspiel von W. A. Pannek „Da schweigen alle Flöten". Ein Stück voller Humor, bei dem man aus dem Lachen gar nicht herauskommt. Darauf folgt noch ein einaktiges Lustspiel. Wer für ein paar Stunden die Sorgen des Alltags vergessen und einmal recht herzlich lachen will, der lenke am Sonntag seine Schritte zum Arbeiterverein St. Paulus. Das Spiel wird pünktlich um 7.30 Uhr beginnen. Zumal der Eintrittspreis auf allen Plätzen 0,50 Mk. beträgt, wird keiner es versäumen, einen genußreichen Abend billig zu verleben. Die Rollen liegen in guten Händen, so daß sicher ein einwandfreies Spiel zustande kommen wird. Jeder möge sich eine Karte im Vorverkauf besorgen. Diese sind zu haben beim Kastellan und bei den Mitgliedern der Abteilung. Hoffen wir, daß die vielen Mühen für die Aufführung mit einem vollbesetzten Hause belohnt werden. Alles nähere durch Plakate und Anzeige in dieser Zeitung!

m. **Walkotte-Abend.** Der Ortsausschuß Bocholt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranstaltet am kommenden Sonntag, abends 6 Uhr, im großen Saale des Wirts Kranefeld (Zum großen Kurfürsten) einen Lustigen Abend. Zu der Veranstaltung ist die beliebte Gesang- und Vortragskünstlerin Margarete Walkotte-Berlin verpflichtet. Bereits vor einigen Jahren hat die Künstlerin bei ihrem Auftreten den größten Beifall gefunden. Auch für die Veranstaltung am Sonntag ist ein reichhaltiges und gediegenes Programm vorgesehen. Dabei ist der Eintrittspreis sehr niedrig. Er beträgt 70 Pf. einschließlich Steuer. Da solcherlei Abende am Orte nicht oft stattfinden, sollte jeder die Gelegenheit benützen und sich frühzeitig einen Platz sichern. Karten im Vorverkauf bei Herrn Wirt Kranefeld sowie an der Abendkasse. (Siehe Anzeige.)

s. **Aus dem Gerichtssaal.** Im gestrigen Hauptverhandlungstermine vor dem Preuß. Amtsrichter kamen folgende Strafsachen zur Verhandlung: Ein Landwirt aus Spork befuhr mit seinem Kraftfahrzeug die Straßen der Stadt in erheblich angetrunkenem Zustande und hatte das Kraftrad nicht mehr in Gewalt. Er hielt die rechte Straßenseite nicht inne, sondern schwankte und fuhr bald links, bald rechs in Schlangenlinie. Die öffentliche Sicherheit wurde dadurch gefährdet, so daß die Polizei einschritt und ihm das Kraftrad vorläufig bis zur Ausnüchterung abnehmen mußte. Die von der Polizei festgestellte Geldstrafe von 15 Reichsmark, gegen die er Einspruch erhoben hatte, wurde vom Gericht auf 100 Reichsmark erhöht. — Ein hiesiger Bäckermeister ließ in seinem Betriebe Nachts gegen 11 Uhr noch arbeiten, obschon nach dem Gesetz alle Arbeiten von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ruhen müssen. Auch beschäftigte er seine Gesellen, Gehülfen und Lehrlinge täglich über 8 Stunden. Seine Strafe betrug 50 Reichsmark. — Ein vorbestrafter Schmuggler führte eine Fahrradgabel unverzollt von Holland ein. Er wurde mit 26,40 RM. bestraft. — Ein unbeleuchtetes Fuhrwerk, das in der Mitte der Rhederchaussee im Trab fuhr, stieß in der Dunkelheit mit dem Personenkraftwagen eines hiesigen Getreidehändlers zusammen. Die Chaussee war zu dieser Zeit von den Arbeitern, die mit ihren Fahrrädern nach Hause zurückkehrten, stark belebt. Wäre der Karrenlenker stark rechts heran, also vorschriftsmäßig gefahren, so wäre der Zusammenstoß nicht erfolgt. Der linke Baum des Bauernwagens drang durch die Scheibe der Wagentür in das Auto, schlug gegen die linke Kopfseite eines Insassen und drang durch das hintere Autoverdeck hindurch. Das Auto blieb sofort stehen, wurde aber durch den Zusammenstoß stark beschädigt. Bald hätte die Unachtsamkeit eines Fuhrwerkslenkers einem Menschen das Leben gekostet. Wegen fahrlässiger Körperverletzung wurde er mit zwei Wochen Gefängnis bestraft. — Der Führer eines Lieferkraftwagens soll auf der Dinxperloerchaussee beim Ueberholen leichtsinnigerweise zu schnell nach rechts gebogen sein und den Fuhrmann eines Fuhrwerkes angefahren haben, so daß dieser zu Fall kam und einige Zeit besinnungslos liegen blieb. Der Führer kümmerte sich auch nicht um die Angefahrenen, sondern fuhr in beschleunigtem Tempo davon. Mit dem Kraftwagenführer, der nur der holländischen Sprache mächtig, war eine Verständigung nicht möglich, so daß zu dem neuen Termin ein holl. Dolmetscher zugezogen werden soll. — Der Termin gegen eine hiesige Kolonialwarenhändlerin H. wegen fahrlässiger Nahrungsmittelfälschung beim Verkauf von Weizen- und Buchweizenmehl, in dem lebende Milben gewesen sein sollen, wurde vertagt, um den Gutachter des Nahrungsmittelamtes in Münster zu hören. — Auf der Dienststreife stießen Zollbeamte auf eine Person, die verdächtig von der Grenze kam. Unter den Kleidern versteckt transportierte sie 2½ Klg. Kaffee. Der Angeklagte meinte, er habe sich etwas Geld verdienen wollen. Da es sich um einen gewerbsmäßigen, oft vorbestraften Schmuggler handelt, wurde die verwirkte Geldstrafe von 69,60 RM. in eine Haftstrafe von 1 Woche umgewandelt. — Derselbe Schmuggler ist in einem weiteren Falle geständig, 4,7 Klg. Tabak und 2 Klg. Kaffee aus Holland unverzollt eingeführt zu haben. Die nach den Zollgesetzen darauf ruhende Strafe von 6824 RM. wurde wegen seiner Rückfälligkeit in eine Gefängnisstrafe von 68 Tagen verwandelt. Alle geschmuggelten Waren wurden zu Gunsten des Reiches eingezogen. — Ein unentschuldigt ausgebliebener Zeuge aus Duisburg wurde in eine Ordnungsstrafe von 30 RM. genommen. — Eine Automaten-Vertriebsgesellschaft hatte einem Händler den kommissionsweisen Verkauf von Bieruhren übertragen. Eine Probeuhr zur Ansicht für die Wirte wurde ihm übergeben. Er hatte nun diese Uhr, die als Muster diente, an einen Wirt für 15 RM. verkauft und den Gesamtbetrag an sich genommen und nicht abgeliefert. Da der Händler angab, er sei zum Verkauf berechtigt gewesen, so soll der Generalvertreter zum neuen Termin geladen werden. — Ein unentschuldigt ausgebliebener Vulkaniseur aus Münster, der sich wegen Unterschlagung zu verantworten hatte, soll zum neuen Termin polizeilich vorgeführt werden. — In einer Privatklage verglichen sich die Parteien dahin, daß der Angeklagte die beleidigende Behauptung zurücknimmt, und als Buße 30 RM. an den kath. Männerfürsorgeverein und die Kosten des Verfahrens zahlt.

* * *

z. **Laukern**, 27. Januar. **Junggesellen-Schützenverein.** Am kommenden Sonntag feiert der Junggesellen-Schützenverein im Saal des Herrn Meteling sein diesjähriges Winterfest, zu dem auch Fremde Zutritt haben. Die Feier beginnt um 5 Uhr.

z. **Dingden**, 27. Januar. **Die Arbeitsmarktlage im Amte Dingden.** Im Monat Dezember betrug die Zahl der Vollerwerbslosen im Amte Dingden bei einer Einwohnerzahl von 2794 Personen 17, die Zahl der Zuschlagsempfänger 18. Mithin stellte sich die Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger auf 35 gegenüber 5 im Monat November.

n. **Liedern**, 27. Januar. **Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken für landwirtschaftliche Siedlungsbauten.** Zur Förderung von landwirtschaftlichen Siedlungsbauten werden unter bestimmten Voraussetzungen Hauszinssteuerhypotheken für landwirtschaftliche Neusiedlungen von ½ bis 15 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, die ganz oder hauptsächlich ohne fremde Arbeitskräfte bewirtschaftet werden, in Höhe von 2—5000 RM. gewährt. Derartige Anträge sind beim Kulturamt in Coesfeld zu stellen.

z. **Werth**, 27. Januar. **Erwerbslosigkeit im Amte Liedern-Werth.** Das Amt Liedern-Werth hatte bei einer Einwohnerzahl von 8281 im Monat Dezember 27 Vollerwerbslose und 46 Zuschlagsempfänger. Die Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger betrug mithin 73 Personen, gegenüber 65 im Monat November.

z. **Suderwick**, 27. Januar. **Bürgerschützenverein.** Der Bürgerschützenverein feiert am kommenden Sonntag im Saale des Herrn Jos. Terstegge sein diesjähriges Winterfest. Zunächst kommen einige kleine Theaterstückchen zur Aufführung, die sicher zur Unterhaltung und Erheiterung beitragen werden. Im Anschluß daran ist Festball. Die Veranstaltung beginnt nachm. 5 Uhr.

e. **Borken**, 27. Januar. **Stadtverordnetenversammlung.** Am Mittwoch abend 6 Uhr fand eine Stadtverordnetensitzung statt, in der zunächst verschiedene Wahlen vorgenommen und die Rechnungen für 1924 und 1925 der Stadtkasse, Armenkasse, Friedhofskasse und Berufsschulkasse festgestellt und genehmigt wurden. Darauf wurde über Vergebung des Bauhülfsfonds für 1927 Beschluß gefaßt. Die Anzahl der Borkener Krammärkte wurde von 10 auf 14 in Verbindung mit den Viehmärkten erhöht. Die Versammlung genehmigte weiter die Anlegung von Bürgersteigen und Kanalisationen auf der Bocholter Straße. Die Mittel in Höhe von 12 000 Mark wurden bewilligt. Sie sollen im Wege der Anleihe bei einem öffentlichen Geldinstitute zu einem möglichst billigen Zinsfuß erworben werden. Für die Erneuerungs- und Erweiterungsbauten am Wasserwerk wird ein Betrag von 34 000 Mark einschließlich Rohrnetzerweiterung der Bocholter Straße bewilligt, der im Wege der Anleihe bei einem öffentlichen Geldinstitute zu einem Zins- und Tilgungssatz von insgesamt 12 Prozent aufzunehmen ist. Ueber die Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung werden wir morgen berichten.

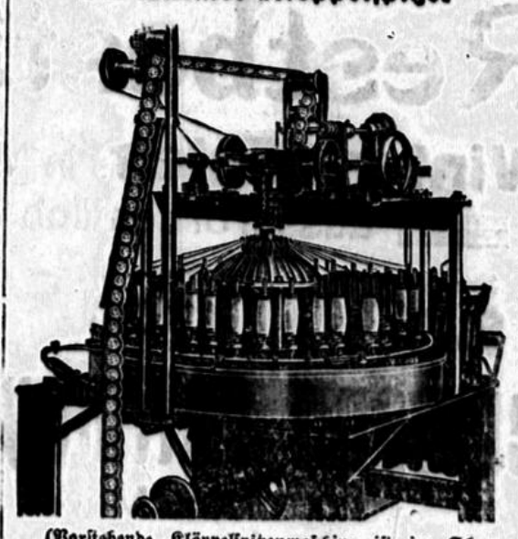
* **Herwest-Holsterhausen**, 27. Januar. **Tödlicher Unglücksfall.** Am Dienstag abend gegen 7 Uhr ereignete sich auf den Sandstellen gegenüber der Zeche Fürst Leopold ein tödlicher Unglücksfall. Der Arbeiter H. aus Dorsten-Hardt geriet beim Ankoppeln von Waggons zwischen die Puffer. Dem Bedauernswerten wurde der Brustkorb eingedrückt, so daß er auf der Stelle tot blieb.

Vom Niederrhein.

—d. **Isselburg**, 27. Januar. **Abschiedsfeier.** Am Mittwoch nachmittag 4 Uhr fand in Empel im Gasthof Schepers eine Sitzung des Gesamtsparkassenverwaltungsrates der Bürgermeistereien Isselburg, Haldern, Millingen und Rees-Land statt. Der Beigeordnete Schmänk-Isselburg eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Brandt, zum letztenmal die Sitzung leiten würde. Er bat die Anwesenden, nach Schluß der Sitzung zur Ehrung des Scheidenden noch einige Zeit beisammen zu bleiben. Bürgermeister Brandt übernahm sodann an der festlich geschmückten Tafel den Vorsitz und dankte für die freundlichen Worte. Nach Erledigung der Tagesordnung widmete Bürgermeister Frey-Rees-Land dem Scheidenden herzliche Abschiedsworte. Er führte aus: „Es ist der Zeitpunkt gekommen, wo unser Vorsitzender, Herr Bürgermeister Brandt von Isselburg, in den Ruhestand tritt. Es ist nun heute das letzte Mal, daß er die Sitzung leitet, und wir müssen daher heute abend offiziell Abschied nehmen. Wenn ein Beamter Abschied nimmt, scheidet er endgültig aus dem Dienst aus. Wir alle kennen Herrn Bürgermeister Brandt schon seit vielen Jahren. Wir kennen ihn als einen Mann, der nicht nur seine Pflicht getan, sondern weit darüber hinaus. Aber wir hatten auch Vertrauen zu ihm, weil er es verstanden hat, in so mustergültiger Weise die Sparkasse zu leiten, sowie über alle Fährnisse während des Krieges und ganz besonders nach dem Kriege hinweg zu bringen. Ich weiß es aus dem Munde von Personen vom Landratsamt, wie auch der Regierung, daß die Persönlichkeit des Bürgermeisters Brandt außerordentlich geschätzt wurde. Wir bedauern aufrichtig, Herr Bürgermeister, Ihr Scheiden. Ich glaube im Namen Aller zu sprechen, wenn ich Ihnen, verehrter Herr Bürgermeister, für Ihre treue Arbeit im Interesse unserer gemeinsamen Sparkasse herzlichen und aufrichtigen Dank ausspreche. Seien Sie versichert, daß Sie treue Freunde hier zurücklassen, die oft und gern an die gemeinsame Tätigkeit zurückdenken werden. Möge Ihnen ein schöner Lebensabend beschieden sein. Herr Bürgermeister Brand lebe hoch, hoch, hoch." — Herr Bürgermeister Brandt sprach seinem Vorredner in bewegten Worten seinen tiefgefühlten Dank aus; er freue sich, bei seinem Scheiden mitteilen zu können, daß die Sparkasse einen so schönen Aufschwung genommen habe. Er habe gern seine Pflicht getan, weil er stets bei den Mitgliedern des Kuratoriums wärmste Unterstützung gefunden habe. Er werde stets an sie zurückdenken, und alle seine Freunde, Kollegen und Mitarbeiter nicht vergessen. Das Zusammensein mit Abschiedsfeier nahm einen schönen Verlauf und zeigte, welcher Wertschätzung sich das scheidende Oberhaupt unserer Stadt bei allen erfreute, die mit ihm zusammenarbeiteten.

— **Wesel**, 27. Januar. **Erwerbslosigkeit im Kreise Rees.** Die Zahl der Vollerwerbslosen im Kreise stellte sich im Monat Dezember auf 1536 gegen 1127 im November, die der Zuschlagsempfänger auf 2286 gegen 1834 im November. Mithin betrug die Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger 3822 gegen 2961 im November. Diese verhältnismäßig starke Steigung um 861 ist z. T. darin begründet, daß in den für Dezember angeführten Zahlen die auf Grund des Gesetzes über die Krisenfürsorge vom 19. 11. 1926 Unterstützten mitenthalten sind. Allerdings hat das Arbeitsamt Wesel für den südlichen Teil des Kreises auch ein Steigen der Erwerbslosenziffer um 521 gemeldet.

Die Barmer Klöppelspitze.



(Vorstehende Klöppelspitzenmaschine ist im Schaufenster der Firma Warenhaus A. Weyl im Betrieb zu sehen.)

Nachdruck verboten.

Auszug aus einer Abhandlung von Professor Bernh. Lepperhoff,

Studienrat und Abteilungsleiter an der Preußischen höheren Fachschule für Textilindustrie, Abteilung Flechterei und Klöppelei in Barmen.

Die in Frage stehende, maschinenmäßig erzeugte Klöppelspitze bietet einen ausgezeichneten Ersatz für die echte Erzgebirger Handklöppelspitze, nur eine Fachperson kann an Hand bestimmter Merkmale die Handarbeit von der Maschinenarbeit unterscheiden. Die gebräuchlichen Maschinengröben arbeiten mit 36 bis 104 Klöppel. Es ist nicht uninteressant, die Arbeitsweise einer Klöppelspitzenmaschine mit der Tätigkeit einer Handklöpplerin zu vergleichen. Die Klöpplerin hält bekanntlich in jeder Hand zwei Klöppel, so daß sie gleichzeitig mit nur vier Klöppel arbeitet, während alle anderen desselben Arbeitsstückes „abgelegt" werden, d. h. in Ruhe sind. Derselbe Gedanke liegt auch der Maschine zugrunde, der sich darin äußert, daß alle — bis 104 — oder nur ein Teil sämtlicher Klöppel gleichzeitig tätig sein können oder in Ruhe sind. Die Bestimmung hierüber, die Musterbildung, ist einer Jacquardmaschine übertragen. Man hat sich die Tätigkeit einer beispielsweise mit 64 Klöppeln arbeitenden Maschine so vorzustellen, daß (64:4=) 16 Klöpplerinnen im Kreise an einem gemeinsamen Arbeitsstück klöppeln, für die notwendige Drehung und Bindung der Fäden in der Minute 300- bis 360mal und mehr die Klöppel auswechseln. Die 16 Klöpplerinnen machten demnach zusammen je nach Dichtung, Bindung und Fadenstärke in einer Stunde ca. 2—7 Meter. Die große Arbeit dieser 16 Klöpplerinnen übernimmt die Klöppelspitzenmaschine in derselben Zeit selbsttätig und ist hierin der außerordentlich billige Preis gegen Handarbeit begründet.

Man erzeugt auch Spitzen, die mittels Ziehfäden zu runden oder ovalen Deckchen verarbeitet werden, ferner sind einige Barmer Spitzenfabrikanten dazu übergegangen, die selbst erzeugten, wunderbar feinjädigen und duftigen Zwischensätze und Spitzen als Nelenindustrie zu fertigen Passen für Damenhemden und Untertaillen zu verarbeiten, welche infolge des wohlfeilen Preises gerne gekauft werden.

Nach der Wäsche und vor dem Bügeln geeignet angefeuchtete Spitzen müssen vorher mit der Hand gut ausgezogen werden. Ein nicht sachgemäßes Bügeln, welches man leider häufig antrifft, ist es auch, wenn die Spitze anstatt in die Breite in die Länge gebügelt wird. Es wird hierdurch das Muster unschön und außerordentlich entstellt.

Aeltere Maschinenspitzen sind die sogenannten Zwirnspitzen, die auf ähnlichen aber weniger komplizierten Maschinen hergestellt werden und sich mehr für Massenfabrikation und bescheidene Ansprüche eignen, aber qualitativ und im Aussehen einen Vergleich mit der Barmer Klöppelspitze (Handklöppelimitation) nicht aushalten.

Bezüglich Qualitätsware und Ausmusterung wird hervorragendes geleistet. Leider muß aber gesagt werden, daß auch — gelinde ausgedrückt — in den letzten Jahren sehr viel Minderwertiges auf den Markt geworfen worden ist und noch wird. Diese minderwertige und lose gearbeitete Ware ist weniger haltbar, kriecht in der Wäsche zusammen und verliert das Aussehen. Es sollte deshalb nur Qualitätsware, und kernig aus bestem Material, Leinen oder Perlen gearbeitet, ganz gleich, ob von der Handklöpplerin oder von der Klöppelmaschine erzeugt, gekauft werden.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **Sportfreunde Bocholt. D. J. K.** Am kommenden Sonntag wird die erste und 2. Mannschaft von Blau-Weiß Wesel bei den Sportfreunden zu Gast sein. Wesel will eine gute Elf ins Feld, so daß die Sportfreunde einen schweren Stand haben werden. Doch wenn der Geist der Mannschaft der gleiche wie bei den letzten Spielen ist, dann werden die Sportfreunde sich den Sieg nicht leicht nehmen lassen. Emmerich mußte sich eine Packung von 7:3 gefallen lassen, Haldern 5:2 und Borken mußte sich am Sonntag 6:2 den Sportfreunden beugen. Hoffentlich ist es den Sportfreunden vergönnt, auch am nächsten Sonntag den Sieg davonzutragen denn ist Blau-Weiß Wesel den Sportfreunden unterlegen, so haben sie sämtliche A-Mannschaften des Bezirkes geschlagen; das wäre wahrlich ein schöner Erfolg. Die Spiele beginnen 11 Uhr bezw. 12.30 Uhr. Die erste Mannschaft spielt in der Aufstellung vom Vorsonntage. Die Aufstellung der 2. Mannschaft ist im Arbeiterverein St. Paulus ersichtlich. Die Jugendmannschaften sind spielfrei. „Jugendkraft Heil!"

Eingesandt.

Wo bleiben die Kriegervereine?! Wo die vaterländischen Vereine?!

Ueber 8 Jahre sind seit dem Waffenstillstand 1918 vergangen und Bocholt hat noch immer kein sichtbares Zeichen des Gedenkens an die im Weltkriege gefallenen Helden!

Der engere Ausschuß für ein Kriegerdenkmal — so berichtet die Zeitung — hat am 25. Januar seit langem einmal getagt — und der Erfolg?!: „Neue Richtlinien, die weiterer Ermittelungen und Prüfungen bedürfen!!!" Derartige Mitteilungen sagen nichts, rufen jedoch bei gerechter Kritik den Eindruck hervor, daß hier der Wille zur energischen Durchführung fehlt. Man kann eine Herausforderung darin erblicken!

Wie stehen die Kriegervereine und Vaterländischen Vereine dazu?

Zum nächsten oder, falls dieses zu nahe gelegt werden sollte, zum übernächsten Volkstrauertag, muß das Denkmal fertiggestellt sein! Die Geldfrage ist nicht mehr so hemmend, das haben die letzten Beratungen der Stadtverordneten bewiesen, ein Teil wird doch durch Sammlungen gedeckt. Es müßte doch leicht eine Einigung dahin erzielt werden können, ob ein Denkmal in der Stadt gewählt werden soll oder vielleicht eine Gedächtniskapelle auf dem Friedhof. Letztere hat noch den praktischen Wert, daß sie gleichzeitig als Beerdigungskapelle Verwendung finden könnte, die in fast allen Städten vorhanden sind. Für die jüdische Gemeinde kämme außerdem vielleicht ein Gedenkstein o. ä. in Frage. Jedenfalls muß nunmehr zur Tat geschritten werden; wir sind dies den Gefallenen und den Hinterbliebenen schuldig, aber vor allem auch unserer Jugend, um ihr stets sichtbar vor Augen zu führen, wem sie nachzueifern hat, und wem gegenüber sie in erster Linie verpflichtet ist, die volle Schuldigkeit zu tun. Dadurch wird erhöhte Mitarbeit am Wiederaufbau erzielt. Hier darf nicht mehr gezögert werden. Kriegervereine und Vaterländische Vereine, greift selbst zur Initiative und laßt durch anscheinend zu viel Ermittelungen und Prüfungen die Ehrenpflicht nicht zu spät auslösen!

Das kleinste Dorf hat seiner Gefallenen sichtbar gedacht — nur Bocholt ermittelt — prüft! — —



†

Das Sechswochen-Seelenamt
für die verstorbene
Ehefrau Bernhard Boland
findet statt am Freitag, den 28. 1., morgens ½ vor 8 Uhr in der St. Josefskirche, wozu Verwandte und Bekannte freundl. eingeladen werden.

Bekanntmachung.

Der Landwirt Joh. Kettering zu Biemenhorst Nr. 82 hat die Genehmigung zur Ansiedlung auf dem außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft in der politischen Gemeinde Mussum belegenen unbebauten Grundstücke Flur C 2 Parz 277/40 der Katastergemeinde beantragt.

In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom 10 August 1904 bringe ich diesen Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß gegen denselben von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen bei dem Kreisausschuß in Borken Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch sich auf Tatsachen begründen läßt, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- und Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde.

Mussum, den 26. Januar 1927.

Der Gemeindevorsteher:
d418 Wülfing.

Bekanntmachung

Der Oberbahnwärter Wilhelm Becker zu Biemenhorst Nr. 47, hat die Genehmigung zur Ansiedlung auf dem außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft in der politischen Gemeinde Mussum belegenen unbebauten Grundstücke Flur C 2 Parzelle 278/40 der Katastergemeinde beantragt.

In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom 10. August 1904 bringe ich diesen Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß gegen denselben von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen bei dem Kreisausschuß in Borken Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch sich auf Tatsachen begründen läßt, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- und Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährdet werde.

Mussum, den 26. Januar 1927.

Der Gemeindevorsteher: Wülfing.

Amt Liedern-Werth.

Bekanntmachung

betr. Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter.

Dem Legitimationszwange unterliegen alle im Inlande beschäftigten Arbeiter einschließl. der niederen Hausangestellten, sofern sie nicht im Besitze eines gültigen Befreiungsscheines sind. Die Anträge auf Legitimierung sind spätestens bis zum 20. Februar ds. Js. auf dem hiesigen Amtsbüro — Zimmer 3 — zu stellen.

Mit den Anträgen sind vorzulegen:
1. die vorjährige Legitimationskarte,
2. falls eine solche nicht vorhanden ist, eines der im Besitze des Ausländers befindlichen amtlichen Ausweispapieres,
3. die Gebühr in Höhe von R.-Mk. 3.—.

Eine Erhöhung auf 7.— R.-Mk. tritt ein, wenn die Legitimierung umgangen, der Antrag nicht fristgemäß gestellt oder die Legitimierung im Vorjahre unterblieben ist. Die Kosten des Legitimierungsverfahrens hat der Arbeitgeber zu tragen.

Ausländische Arbeiter, die im Amtsbezirke beschäftigt werden, jedoch ihren Wohnsitz im Auslande haben, sind zur Beantragung einer Grenzgängerkarte verpflichtet. Die Gebühr beträgt 1.— R.-Mk.

Die im Jahre 1926 ausgestellten Befreiungsscheine haben mit Ablauf des Jahres 1926 ihre Gültigkeit verloren. Die Inhaber der Scheine werden deshalb aufgefordert, den Umtausch innerhalb der obengenannten Frist unter Beifügung der abgelaufenen Befreiungsscheine und gültiger Reisepässe zu beantragen. Die Gebühr beträgt 1,50 R.-Mk.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden noch besonders darauf hingewiesen, daß Zuwiderhandlungen gegen die Legitimierungsvorschriften streng bestraft werden.

Bocholt, den 25. Januar 1927.

Der Amtmann: Blume.

Junggesellen-Schützenverein Lankern

Sonntag, den 30. Januar feiert der Verein im Saale des Herrn Joh. Meteling sein diesjähriges

Winterfest

bestehend in einem Tanzkränzchen.
— Beginn 5 Uhr. —
Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand.
(Fremde haben Zutritt gegen Entree.)

Hiesige Textilfirma sucht zum sofortigen Eintritt perfekte

Stenotypistin

Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Referenzen unter C 518 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Erstklassige Existenz

mit einem monatlichen Einkommen von ca. 600 Reichsmark und mehr bieten wir tüchtigem Landreisenden. Es handelt sich um Dauerposten. Bewerbungen unter Chiffre W. Z. 20 an Postschließfach D. 329 in Braunschweig.

Restbestände
in **Wintermänteln** in Velour u. Eskimo
ausserordentlich billig.

Serie I	Serie II	Serie III
9.75	17.50	29.50

Hermann Pottmeyer, Bocholt
Am Markt.

Wir setzen hiermit unsere verehrl. Geschäftsfreunde und Bezieher in Kenntnis, daß sich unsere

Geschäftsstelle

vom heutigen Tage ab in unserem neuen Geschäftshause

Realschulstr. 14

befindet.

Verlag des Bocholter Volksblatt. — Buchdruckerei J. & A. Temming.

Neuanlagen, Umänderungen und Reparaturen
von
Niederdruck-Warmwasserheizungen und Bereitungen, Niederdruckdampf-, Abdampf- und Luftheizungen, Trocken-, Belüftungs- u. Befeuchtungs-Anlagen etc.
werden prompt, fachgemäß und billigst ausgeführt.
Sanitäre Anlagen
Westdeutsches Zentralheizungswerk, Bocholt.
Fritz Nitsche, Schwanenstr.
Kostenanschläge und heiztechnische Beratung kostenlos.

Achtung! Achtung!
Lustiger-Abend
Sonntag, den 30. Januar, abends 6 Uhr
im Saale „Zum großen Kurfürsten" gegeben von Margarete Walkotte unter Mitwirkung des Quartettverein „Frohsinn".
Eintritt 70 Pfg. einschließl. Steuer.
Das Programm ist sehr reichhaltig. Versäume keiner den Besuch der Veranstaltung. Jeder wird genußreiche Stunden finden.
Es ladet freundlichst ein
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Bocholt.

ACHTUNG!
Halte auf Grund vieler Anfragen
3 Sprechtage in Bocholt ab.
In 10 Minuten entferne ich ohne Messer, Pflaster und Salbe schmerzlos, absolut gefahrlos
Jedes Hühnerauge
Jeden eingewachsenen Nagel.
Behandlung von Krampfadern u. Geschwüren.
Behandle ohne Messer
Ballen-, Platt-, Hohl- und Senkfuß.
Erfolg wird garantiert.
Sprechstunden Mittwoch, Donnerstag und Samstag vorm. 10 bis nachm. 5 Uhr im Hotel Stadt Münster.
Franz Feldhege
Spezialist für Fußhygiene.
Komme auf Wunsch ins Haus.

Kriegerverein Rhede
Am Sonntag, den 30. Januar nachm. 4½ Uhr beginnend, findet im Hengstermannschen Saale für die Mitglieder und deren Angehörigen ein geschlossenes
Tanzkränzchen
statt. Fremde werden zu dieser Feier nicht zugelassen. Mitglieder haben bei Vorzeigung der Jahresquittung freien Zutritt.
Offiziere erscheinen komplett, Mitglieder unbedingt mit Mütze.
Zum Besuch ladet freundlichst ein
Der Vorstand.
Auf die am 6. Februar stattfindende
Jahreshauptversammlung
im Nöessing'schen Saale, wird schon jetzt hingewiesen. g



Verkaufe Samstag morgen 8,30 Uhr bei Overbeck am Güterbahnhof
50 bis 60 Oldenburger Schweine
Dietr. Kroezemann,
Spellen
d507 Telefon Amt Voerde 42.

Hypotheken Baugelder und Betriebskapitalien
erhalten sie schnell und zu günstigen Bedingungen durch
Johann Tefert, Rhede i. W., Bahnhofstr. 34. Telefon 79

Tretbank
Freitag nachmittag um 2,30 Uhr ist
Rind- und Schweinefleisch
zu haben.

Perfekte
Schneiderin
für Damengarderobe sucht noch Kundschaft außer dem Hause.
Näh. Geschäftsstelle.

Wäschemangel
billig abzugeben.
Dingperloer Str. 1.

Eine größere
Arbeiterwohnung
mit 15 Ruten Ackerland, zu verkaufen oder zu tauschen.
Näh. Geschäftsstelle.



Eine hochtragende
Kuh
zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle.

Rote Ameise
rauhe u. aufspringende Haut, beugen Sie am besten durch Einreibung mit meiner Glycerin-Milch vor.
H. Uhlenkotte,
Neustr. 13.

Marinaden

Ia. große Rollmöpse	per Stück	15 Pfg.
Ia. Rollmöpse	1 Liter-Dose	88 „
do.	6 „ „	650 „
Ia. Bratheringe	per Stück	14 „
Ia. Bratheringe	½ Liter-Dose	78 „
Ia. Bratheringe	3 „ „	500 „
Ia. Bismarckheringe	½ „ „	88 „
Ia. Gelcheringe	½ „ „	88 „
Ia. Bratrollmops	½ „ „	110 „
Ia. neue Vollheringe	12 Stück nur	55 „
Ia. Milchner Heringe	per Stück nur	10 „

Gurken!
Neue Ernte — Ia. Qualität!

Ia. Salz-Gurken	per Stück 10 Pfg.
Ia. Salz-Gurken	8 Liter-Dose Mk. 6.50
Ia. Essig-Gurken	per Pfund 80 Pfg.

Sauerkraut Pfund 12 Pfg.

Halberstädter Würstchen in Originaldosen HEINE	Paar nur 25 Pfg.
do.	3 Paar 85 „
do.	5 „ 135 „
Ia. Plockwürste	per Paar nur 38 „

Heinr. Hill
Bocholt, Telefon 134,
Rhede, Borken, Isselburg.

Haben Sie Grippe
und wollen Sie die Ansteckungsgefahr nahezu unmöglich machen, dann helfen Ihnen bestimmt



Kaiser's Brust-Caramellen
mit den „3 Tannen."
die seit 35 Jahren bewährten und unübertroffenen Husten bonbons.
Zu haben in Apotheken und Drogerien und wo Plakate sichtbar.
Achten Sie auf die Schutzmarke 3 Tannen.

Apollo-Theater
Ab heute (Freitag) bis einschl. Montag.
Pat u. Patachon
die beiden lustigen Vagabunden in ihrem neuen Abenteuer.



Pat u. Patachon als Schwiegersöhne
Eine tolle Verwechslungsgeschichte in 7 stürmisch belachten Akten.
Ein echtes Pat- u. Patachon-Abenteuer in dem sich die beiden dänischen Humoristen selbst übertreffen.
Ort der Handlung: Wien u. St. Moritz.
2.
Der geniale Meisterdetektiv Stuart Webbs
in dem Abenteurer-Film:
Das Geheimnis einer Stunde
Spannender Detektiv-Film in 6 Akten.
In der Rolle des Detektiv Stuart Webbs — Ernst Reicher.
3.
Wettrennen an Bord.
Lustspiel in 2 Akten.

Hohe Belohnung
zahle ich demjenigen, der mir die Person namhaft macht, die in der Nacht von Sonntag auf Montag an meinem Hause das Tor entwendete.
F. Lohscheller,
Leopoldstraße 38.

Ein
Junge
von 15—17 Jahren, für die Landwirtschaft gesucht.
Näh. Geschäftsstelle.

Gesundes ordentl.
Mädchen
von 14—15 Jahren, für Vormittags gesucht.
Nordmauer 21.

Suche zu sofort oder später ein kath.
Mädchen
15—16 Jahre alt, vom Lande, für Haus- und Landwirtschaft.
Daselbst ist auch eine junge, schwarzbunte, hochtragende
Kuh
zu haben.
Heinrich Abels,
Dingden-Dorf.

Suche für meine Tochter, 18 Jahre, gelernte
Putzmacherin
Stelle im Fach oder als Verkäuferin.
Off. unter B 275 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Aelteres, in Küche und Hausarbeit erfahrenes, kath.
Mädchen
sucht Stellung.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.